



Protokollauszug

aus der
50. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversamm-
lung der Landeshauptstadt Potsdam
vom 10.04.2002

öffentlich

**Top 4.9 Straßenreinigungsgebühren RK 1
02/SVV/0135
geändert beschlossen**

Die **Ausschüsse für Finanzen, Wirtschaft und Liegenschaften, für Recht, Sicherheit, Ordnung und Umweltschutz sowie für Eingaben und Beschwerden** haben einem **geänderten Beschlusstext zugestimmt**, in dem auch die durch den Stadtverordneten Krause, Fraktion PDS, beantragten Ergänzungen berücksichtigt sind.

Abstimmung:

Der Ergänzungsantrag des Stadtverordneten Krause, Fraktion PDS mit dem Wortlaut:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine Regelung zum Ausgleich des durch die Erhöhung der Straßenreinigungsgebühren auf das achtfache in der Reinigungsklasse 1 entstandene soziale Ungleichgewicht herbeizuführen, indem insbesondere geprüft werden sollte, ob das in folgender Weise geschehen kann:

- Einführung von weiteren Gebührenmaßstäben, die die unterschiedliche verkehrliche und wirtschaftliche Inanspruchnahme von Straßenraum berücksichtigen (Gewerbebetrieb, Tourismus, Durchgangsverkehr),
- Degressive Staffelung der Gebühren für die Anzahl der Reinigungen
- Beschränkung des städtischen Zuschusses auf die Straßenbereiche, deren Inanspruchnahme - überwiegend nicht durch die Anwohner - erfolgt.

wird

mit Stimmenmehrheit angenommen.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine Regelung zum Ausgleich des durch die Erhöhung der Straßenreinigungsgebühren auf das achtfache in der Reinigungsklasse 1 entstandene soziale Ungleichgewicht herbeizuführen, indem insbesondere geprüft werden sollte, ob das in folgender Weise geschehen kann:

- Einführung von weiteren Gebührenmaßstäben, die die unterschiedliche verkehrliche und wirtschaftliche Inanspruchnahme von Straßenraum berücksichtigen (Gewerbebetrieb, Tourismus, Durchgangsverkehr),
- Degressive Staffelung der Gebühren für die Anzahl der Reinigungen
- Beschränkung des städtischen Zuschusses auf die Straßenbereiche, deren Inanspruchnahme - überwiegend nicht durch die Anwohner - erfolgt.

Abstimmungsergebnis:
mit Stimmenmehrheit **angenommen.**